



Beteiligung an bewaffneten Konflikten durch deutsche Rüstungsgüter – wenn Politik auf Wirklichkeit stößt

Oder: Sozialdemokratische Absichtserklärungen und unfriedliche Realität

Hamburger Programm (Seiten 19 bis 24):

„Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren. ... Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. ... Jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab. ... Wir plädieren für eine neue Entspannungspolitik, die Verständigung ermöglicht, Aufrüstung vermeidet und die friedliche Lösung von Konflikten ermöglicht. ...

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten ... Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Friede nur möglich ist, wenn strukturelle Konfliktursachen wie Hunger, Armut und Ressourcenmangel überwunden werden. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Krieg darf kein Mittel der Politik sein....

Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Deutschland Herstellung, Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen nicht anstrebt. Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und das Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgeblich bei Ausfuhrgenehmigungen.... Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden. Deshalb verfolgen wir eine Friedenspolitik, die vorrangig auf Vorbeugung gegen Konflikte basiert.“

Koalitionsvertrag 2013:

„Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung tragen wesentlich zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit und Stabilität bei. Wir treten für allgemeine und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von konventionellen als auch von Massenvernichtungswaffen ein. ...

Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den USA und Russland Verhandlungen zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich beginnen und entsprechende Schritte beider Partner engagiert unterstützen. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Atomwaffen.“

SPD Bundestagsfraktion („dokumente“ Mai 2013)

„Momentan befinden wir uns in der nuklearen Abrüstung in einer Stagnationsphase, und es bedarf neuer Impulse. Gerade Deutschland, auf dessen Boden immer noch Nuklearwaffen aus den Zeiten des Kalten Krieges stationiert sind, steht hier in der Pflicht. ...

Die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, ein historisches Beispiel für die Schaffung von Sicherheit durch Rüstungskontrolle, wurde in den letzten Jahren immer mehr zum Spielball nationaler sicherheitspolitischer Interessen.“

SPD Vorstand (Juni 2013)

„Wir wollen uns für eine völkerrechtliche Ächtung derartiger Waffensysteme [Kampfdrohnen] einsetzen statt für deren Beschaffung. Wenn die weltweite Aufrüstung von Kampfdrohnen erst im vollen Gange ist, ist es zu spät.“

Die heutige Realität

- Das Ziel, keine Rüstungsgüter zu produzieren bzw. zu exportieren, wurde bereits nach der Entscheidung für die Bundeswehr aufgegeben.
- Die Festlegung, nicht in „Spannungsgebiete“ zu exportieren, ist bereits seit 1974 Makulatur.
- Im Koalitionsvertrag 2005 hat die SPD mitgetragen, dass Rüstungsexporte auch dazu dienen dürfen, politisch Einfluss zu nehmen.
- Waffenlieferungen werden als „Türöffner“ benutzt, um zivile Aufträge zu bekommen, weil mit der Verkleinerung der Bundeswehr seit 2009 Rüstungsstandorte nicht mehr ausgelastet sind.
- In den 90 Rüstungsunternehmen befinden sich lediglich 0,24% aller Arbeitsplätze in Deutschland (0,98% am BSP). Von einst 400.000 Arbeitsplätzen nach der deutschen Einheit existieren heute nur noch weniger als 90.000 (mit der Elektroindustrie ca. 140.000).
- Die Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen ist bisher nicht umgesetzt, weiterhin lagern auf deutschem Boden Atomwaffen. Die NATO-Doktrin, die nach wie vor den Ersteinsatz von Atomwaffen nicht ausschließt, gilt unverändert.

Wir können einen friedenspolitischen Kurs der SPD zur Erreichung ihrer eigenen politischen Ziele derzeit nicht erkennen. Deshalb wollen wir einen Anstoß geben, das Politikfeld von Friedens- und Wirtschaftspolitik neu zu analysieren.



1. Friedenspolitik contra Wirtschaftspolitik

Trotz der Friedensethik der SPD argumentieren auch SPD-Politiker, dass man in allen militärischen Bereichen konkurrenzfähig und national unabhängig sein müsse. Solange die Rüstungsproduktion Deutschlands dem Bedarf innerhalb seiner Bündnisse dient, mag das seine Berechtigung haben – aber nicht alles muss in Deutschland produziert werden. Anstatt auf die Umstellung auf andere Produkte hinzuwirken, werden immer mehr Rüstungsgüter exportiert. Die Kampagne ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‘ der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) schreibt: „Der Rüstungsexportbericht der schwarz-roten Bundesregierung für das erste Halbjahr 2014 stellt einen Offenbarungseid ohnegleichen dar ... denn der Anteil der Rüstungsexporte in die besonders bedenklichen ‚Drittländer‘ – darunter zahlreiche menschenrechtsverletzende Staaten, vielfach Diktaturen – wurde von 50 auf 63,5 Prozent und damit auf ein erneutes Rekordhoch gesteigert.“

Für nicht akzeptabel halten wir, dass zu den Stamm-Kunden deutscher Waffenlieferanten und insbesondere der Marinewerften auch Länder gehören, die im OpenDoors Weltindex der Christenverfolgung weit oben stehen, z.B. Saudi-Arabien (12), Ägypten (23), Brunei (27), Algerien (34) und die Vereinigten Arabischen Emirate (49).

2. Hilfe zur Verteidigung oder zum Angriff?

Exportweltmeister ist Deutschland beim Verkauf von U-Booten ohne Atomtrieb. Bisher wurden mehr als 120 U-Boote in 17 Länder auf vier Kontinenten geliefert. Fast jedes zweite Land, dessen Marine mit U-Booten ausgestattet ist, besitzt Boote aus deutscher Herstellung. Deutsche U-Boote gehören zu den weltweit modernsten Waffen-Systemen überhaupt. Trotz ständiger Kommunikationsbereitschaft durch das Kommunikationssystem CAL-LISTO aus deutscher Produktion haben diese U-Boote extrem hohe Stealth- (Tarnkappen-) Eigenschaften. Mit ihren Torpedorohren mit Durchmesser 650 mm können Harpoon Raketen und Marschflugkörper vom Typ Popeye Turbo SLCM-A mit einer Reichweite von 1.500 km und mehr verschossen werden. Insider wissen, dass die Boote problemlos so modifiziert werden können, dass sie auch Atomwaffen-tauglich sind.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass ein U-Boot immer eine Erstschlagswaffe ist, also dem Angriff und nicht der Verteidigung dient. Den Bau von 14 solcher U-Boote genehmigte kürzlich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel („eines der größten Rüstungsgeschäfte aller Zeiten für die Bundesrepublik“): Zwölf für Australien und zwei für Ägypten.

Dass zwei U-Boote modernster deutscher Hochtechnologie an Ägypten geliefert werden sollen, ist besonders bedenklich für die militärische Stabilität im Nahen Osten. Aus Gesichtspunkten der Arbeitsplatzsicherung ist es überflüssig, denn die Werft wäre mit der Produktion von zwölf U-Booten und Reparaturaufträgen für ältere Boote für die nächsten Jahre vollkommen ausgelastet.

Rüstungslieferungen insbesondere an Israels Nachbarn sehen wir grundsätzlich kritisch, weil sich hierdurch eine Verschiebung des Gleichgewichts ergeben könnte – insbesondere mit der Lieferung von U-Booten. Es ist nachvollziehbar, dass Ministerpräsident Netanjahu bezüglich der angekündigten U-Boot-Lieferung derzeit sehr verärgert ist über die SPD und die Deutsche Außen- bzw. Rüstungspolitik. Er möchte eigentlich verhindern, dass Ägypten dieselben strategischen Erst- und Rückschlagfähigkeiten bekommt, wie Israel sie bereits hat. Und seit 2013 ist bekannt, dass auch Saudi-Arabien diese Boote gerne hätte.

An Saudi Arabien wurden zwar bisher keine U-Boote geliefert, aber 2 Führungsboote, 33 Patrouillenboote, 79 schnelle Einsatzboote und 32 Arbeitsboote. Es wird bestritten, dass es sich hierbei um „Rüstungsgüter“ bzw. „Waffen“ handelt. Aber Saudi-Arabien erhielt auch Zielarstellungsgeräte für Infanteriewaffen inkl. Zubehör, 4 Schießsimulationssysteme inkl. Zubehör und Radare, optronische Ausrüstung, Software u.a.m. „zur Grenzsicherung“.

Gabriels „U-Boot-Deals“ mit Ägypten sind dabei nur eine Randerscheinung, die aber ins Gesamtbild passen. Der eigentliche deutsche Exportschlager sind „Kleinwaffen“, die eigentlichen Massenvernichtungswaffen, die in den Empfängerländern ungläublichen Schaden anrichten. Laut Auswärtigem Amt sterben durch „Kleinwaffen“ mehr Menschen als durch jede andere Waffenart; UNICEF schätzt jährlich rund 500.000 Tote. Weltweit seien rund 875 Millionen Kleinwaffen in Umlauf. Gerade deshalb halten wir auch im Kampf gegen den IS Waffenlieferungen für falsch.

3. Kampf gegen den Islamismus

Kaum ein Land ist in den letzten 30 Jahren so durch Waffenlieferungen destabilisiert worden wie der Irak. Aus Deutschland stammten die Giftwaffen Saddam Husseins und die Waffen, mit denen er Kuwait überfiel. Auch der legitime Aufstand gegen den völkerrechtswidrigen 3. Golfkrieg 2003 im Irak wurde mit westlichen Waffen genährt; erst wurden die Sunniten bewaffnet, dann die Schiiten. Man kann deshalb fast mit Sicherheit damit rechnen, dass die jetzt gelieferten Waffen auch falsch eingesetzt werden.



Die SPD hätte sich dafür einsetzen müssen, im Kampf gegen die Terrormilizen des IS eine robuste, von der UNO mandantierte Truppe in den Irak zu schicken, an der sich auch Deutschland beteiligen müsste. Jetzt hat Verteidigungsministerin von der Leyen die Entwicklung bzw. Anschaffung bewaffneter Drohnen angekündigt. Das Töten durch Drohnen verstößt gegen die UN-Charta und untergräbt die internationale Rechtsordnung. Automatisiertes Töten ist grundsätzlich abzulehnen. Ein solcher Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darf nicht von der Sozialdemokratie mitgetragen werden.

Militärisch wird man keinen Menschen, der für den „wahren Islam“ kämpfen möchte, davon abhalten, im Kampf gegen die „ungläubige Welt“ sein Leben hinzugeben. „Auch wenn es gelingt, alle 31.000 Kämpfer des IS zu beseitigen, bleibt das Problem, dass Millionen junger Menschen perspektivlos aufwachsen und eine leichte Beute für islamistische Verführer sind. Seit dem 12.9.2001 führen wir Krieg gegen den Terrorismus, aber für jeden getöteten Terroristen wachsen zehn nach“ (Andreas Zumach, Journalist am 26.9.2014 in Stuttgart).

Die entscheidenden Herausforderungen bleiben:

- **Wie kann man den Nährboden für Islamismus austrocknen?**
- **Wie könnte ein „Marschall-Plan Nahost“ aussehen, mit dem die betroffenen Länder in die Lage versetzt werden, ihre eigene Bevölkerung zu ernähren und deren Grundbedürfnisse zu befriedigen?**
- **Wie kann Deutschland das duale Bildungssystem, das viele Länder insbesondere bzgl. des Handwerks für Vorbildlich und nachahmenswert halten, in Krisenregionen übertragen, damit die derzeit dort studierenden Menschen nicht in die Arbeitslosigkeit gehen müssen?**

Was wäre zu tun?

Die SPD zeigt nicht den im Parteiprogramm konstatierten Einsatz für eine Weltinnenpolitik mit allen dazugehörigen Instrumenten. Hierfür müsste sie sich stärker für den Ausbau ziviler Instrumente zur Früherkennung und Krisenprävention einsetzen.

Nach unserer Auffassung gebietet die außenpolitische Verantwortung Deutschlands,

1. eine Kontrolle des Lobbyismus der Rüstungsindustrie und Erstellung eines Förderprogramms zur Rüstungskonversion,
2. eine radikale Einschränkung bzw. das Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der Bündnisse Deutschlands (Festschreibung eines Rüstungsexportverbots in Art. 26 (2) des Grundgesetzes),
3. eine Stärkung der UNO bei der Bewältigung der großen globalen Herausforderungen durch einen konkreten Einsatz für eine gerechte Außenwirtschafts- und Handelspolitik, statt mit „Partnerschaftsverträgen“ eine Politik zu betreiben, die zum Vorteil der Unternehmen im eigenen Land und zum Nachteil der wirtschaftlich schwächeren Länder gerät,

und vor allem

4. dass in potentiellen Empfängerländern von Rüstungsgütern stärker als bisher das Bildungs- und Gesundheitswesen gestützt wird, um Ungerechtigkeiten den Boden zu entziehen.

Insbesondere bedarf es einer speziellen regionalen Rüstungskonversion, z.B. in der baden-württembergischen Bodenseeregion, die mit ihren 27 Betrieben eine höhere regionale Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion aufweist. Die SPD muss die IG Metall dafür gewinnen, beim Umbauprozess der Rüstungsindustrie mitzuwirken, auch angesichts der Bedeutung dieses Sektors für die Volkswirtschaft, den wir uns ganz offensichtlich wirtschaftlich leisten können.

April 2015

Stephan Fischer, Angela Madaus, Sigrid Neutz, Thomas Scholz

Sprecherkreis Baden-Württemberg - www.christen.bawue.spd.de



Quellen:

http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/102054/20130610_spd_kampfdrohnen.html
<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/15-10-14-Leere-Versprechungen.617.0.html>
<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Druck-auf-deutsche-Ruestungsfirmen-waechst-article12014966.html>
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/u-boot-deal-mit-aegypten-israel-ringt-merkel-zugestaendnisse-ab-a-855224.html>
http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article109036938/Israel-veraergert-ueber-U-Boot-Geschaeft-mit-Aegypten.html
<http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklarungen/detail/artikel/aegypten-bundesregierung-gehen-gute-geschaeftsbeziehungen-vor-menschenrechte/>
http://www.focus.de/politik/deutschland/opposition-verlangt-aufklaerung-regierung-verteidigt-u-boot-geschaeft-mit-israel_aid_762031.html
http://www.focus.de/politik/deutschland/sprengstoff-fuer-koalitionsverhandlungen-saudi-arabien-will-deutsche-u-boote-kaufen_aid_1147283.html
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-deutsche-u-boote-zu-atomwaffentraegern-umgebaut-a-269409.html>
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spiegel-exklusiv-merkel-will-u-boot-deal-mit-australien-a-1014664.html>
<http://www.focus.de/schlagwoerter/themen/r/ruestungsexport/>
<https://www.thyssenkrupp-marinesystems.com/de/hdw-klasse-216.html>
<https://www.abeking.com/Marine.17.0.html?&L=0>
<http://www.gabler-maschinenbau.de/files/callisto.pdf>
<http://de.wikipedia.org/wiki/Dolphin-Klasse>
<http://www.bits.de/public/stichwort/dolphin3.htm>
http://de.wikipedia.org/wiki/AGM-84_Harpoon
<http://de.wikipedia.org/wiki/AGM-142>
http://en.wikipedia.org/wiki/Popeye_%28missile%29
<http://www.focus.de/schlagwoerter/themen/u/u-boote/>
http://translate.google.com/translate?depth=1&hl=de&prev=search&rurl=translate.google.de&sl=en&u=http://en.wikipedia.org/wiki/Submarine-launched_cruise_missile
<http://www.fr-online.de/politik/ruestungsexporte-kritik-an-ruestungsdeal-mit-saudi-arabien-,1472596,26092968.html>
<https://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex2015/weltverfolgungsindex2015/>